

19. Flächennutzungsplanänderung

"Gewerbegebiet Ulmer Straße – Robert-Bosch-Straße"

Abwägung der Stellungnahmen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

I. Prüfung und Abwägung der vorgebrachten Stellungnahmen zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB des Entwurfs zur 19. Flächennutzungsplanänderung mit Stand vom 25.04.2024, fand in der Zeit vom 23.05.2024 bis einschließlich 03.07.2024 statt. Während dieser Zeit konnten Stellungnahmen zur Planung schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadt Vöhringen vorgebracht werden.

Von Seiten der Öffentlichkeit wurden keine Stellungnahmen vorgebracht.

II. Prüfung und Abwägung der Stadt zu den vorgebrachten Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Die Unterlagen zur Trägerbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB wurden am 17.05.2024 an insgesamt 33 Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange verschickt.

Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben keine Äußerungen oder Äußerungen ohne Einwendungen zur Planung vorgebracht:

- Bayernnetz, Schreiben vom 17.05.2024
- Bezirk Schwaben, Kreisheimatpfleger, Schreiben vom 20.05.2024
- Netze Südwest, Schreiben vom 21.05.2024
- Stadt Weißenhorn, Schreiben vom 21.05.2024
- Schwaben Netz GmbH, Schreiben vom 22.05.2024
- Amprion GmbH, Schreiben vom 24.05.2024
- NetzeBW, Schreiben vom 27.05.2024
- Bischöfliche Finanzkammer, Augsburg, Schreiben vom 28.05.2024
- Handwerkskammer für Schwaben, mit Schreiben vom 10.06.2024
- Gemeinde Bellenberg, Schreiben vom 07.06.2024
- Industrie- und Handelskammer für Schwaben, Schreiben vom 28.06.2024
- Pfarramt Vöhringen,
- Amt für ländliche Entwicklung Schwaben
- Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung
- Bayerischer Bauernverband
- Erdgas Schwaben
- RBA Regionalbus
- BUND Naturschutz Bayern e.V.
- Evang. Pfarramt Vöhringen
- Bund Naturschutz in Bayern e.V. – Kreisgruppe Neu-Ulm
- Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V. – Hilpoltstein

Darüber hinaus wurden von folgenden Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange Äußerungen vorgebracht die von der Stadt wie folgt geprüft und abgewogen werden:

1. Kreisbrandinspektion Neu-Ulm mit Schreiben vom 17.05.2024

Zu Ihrer Anfrage können wir Ihnen mitteilen, dass unsere Anmerkungen aus der von Ihnen genannten Stellungnahme vom 28.10.2023 unverändert weiter gelten.

Wir bitten weiter um entsprechende Berücksichtigung.
einen qualifizierten Fachgutachter zu beauftragen.

Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme betrifft im Wesentlichen das parallel durchgeführte Bebauungsplanverfahren. Änderungen an der 19. Flächennutzungsplanänderung sind nicht erforderlich.

2. Regionalverband Donau-Iller, mit Schreiben vom 18.06.2024

Der Regionalplan Donau-Iller befindet sich derzeit in der Gesamtfortschreibung. Der Satzungsbeschluss erfolgte am 05.12.2023. Die plangegenständliche Fläche befindet sich innerhalb eines Vorbehaltsgebiets zur Sicherung von Grundwasservorkommen, welches im Entwurf der Gesamtfortschreibung des Regionalplans Donau-Iller mit Plansatz B I 4 G (7) festgelegt werden wird.

In den Vorbehaltsgebieten zur Sicherung von Wasservorkommen ist den Belangen des Grundwasserschutzes gemäß Plansatz B I 4 G (7) ein besonderes Gewicht gegenüber anderen Nutzungen einzuräumen, deren dauerhafte Wirkungen zu einer Beeinträchtigung von Qualität, Quantität oder Nutzungsmöglichkeiten des Grundwassers führen können. Wir bitten die Begründung zur Flächennutzungsplanänderung bzw. des Bebauungsplans zu ergänzen.

Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme betrifft im Wesentlichen das parallel durchgeführte Bebauungsplanverfahren. Änderungen an der 19. Flächennutzungsplanänderung sind nicht erforderlich.

3. Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH, mit Schreiben vom 20.06.2024

Die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH macht gegen die geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen des Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist derzeit nicht geplant.

Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme betrifft im Wesentlichen das parallel durchgeführte Bebauungsplanverfahren. Änderungen an der 19. Flächennutzungsplanänderung sind nicht erforderlich.

4. Regierung von Schwaben, mit Schreiben vom 21.06.2024

Die Regierung von Schwaben äußert sich wie folgt:

Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP)

LEP 3.1 Abs. 1 (G) Ausweisung von Bauflächen an einer nachhaltigen und bedarfsorientierten Siedlungsentwicklung ausrichten

LEP 3.1 Abs. 2 (G) flächen- und energiesparende Siedlungs- und Erschließungsformen anwenden

LEP 3.2 (Z) vorhandene Potenziale der Innenentwicklung vorrangig nutzen

Regionalplan der Region Donau-Iller (RP DI)

RP DI B I 4.3 Trenngrün; hier: zwischen Illerzell und Vöhringen

Regionalplan Donau-Iller, Entwurf der Gesamtfortschreibung (RP DI - FE)

RP DI - FE B I 4 G (7) Vorbehaltsgebiete zur Sicherung von Wasservorkommen

Wir haben zum Vorhaben zuletzt mit Schreiben vom 04. Dezember 2023 (Gz. 24-4621.1-305/24,4622.8305-27/1) unter Bezugnahme auf die Auslegungshilfe (damals Stand: 07.01.2020) Stellung genommen.

Die Stadt hat die Bauleitplanunterlagen gegenüber dem vorhergehenden Verfahrensschritt ergänzt und sich mit den Möglichkeiten der Innenentwicklung nachvollziehbar auseinandergesetzt. Vor dem Hintergrund der vorhandenen Flächenpotenziale weisen wir, um dem Gedanken des Flächensparens Rechnung zu tragen, erneut auf die Möglichkeit hin, Flächen aus dem Flächennutzungsplan zurückzunehmen, sofern diese absehbar nicht für eine von der Stadt geplante Nutzung zur Verfügung stehen.

Zudem weisen wir darauf hin, dass das geplante Vorhaben innerhalb eines Vorbehaltsgebietes zur Sicherung von Grundwasservorkommen des Entwurfes der Gesamtfortschreibung des Regionalplanes der Region Donau-Iller (vgl. RP DI - FE B I 4 G (7) i.V.m. Raumnutzungskarte) liegt. Dieser wurde in der Sitzung am 05.12.2023 von der Verbandsversammlung als Satzung beschlossen

Gemäß RP DI - FE B I 4 G (8) ist in den Vorbehaltsgebieten zur Sicherung von Wasservorkommen den Belangen des Grundwasserschutzes ein besonderes Gewicht gegenüber anderen Nutzungen einzuräumen, deren dauerhafte Wirkungen zu einer Beeinträchtigung von Qualität, Quantität oder Nutzungsmöglichkeiten des Grundwassers führen können.

Derzeit ist offen, ob bzw. in welcher Form die in dem als Satzung beschlossenen regionalplanerischen Konzept enthaltenen Vorbehaltsgebiete Rechtsverbindlichkeit und letztlich Rechtskraft erlangen werden, da die Genehmigung der obersten Landesplanungsbehörden gegenwärtig noch nicht vorliegt.

Die in vorgenannter Stellungnahme getroffenen Aussagen zur Lage des Vorhabens innerhalb des festgelegten Trenngrünes zwischen Illerzell und Vöhringen (vgl. RP DI B I 4.3 i.V.m. RP DI Karte 2 "Siedlung und Versorgung") sind weiterhin gültig.

Das Sachgebiet Städtebau der Regierung von Schwaben gibt folgenden Hinweis:
Leider hat sich die Gemeinde in ihrer Abwägung nicht mit den städtebaulichen Hinweisen auseinandergesetzt. Wir weisen daher erneut darauf hin, dass entsprechend den Vorgaben des Baugesetzbuchs (§1 BauGB) Gemeinden Bauleitpläne aufzustellen haben, soweit es für Ihre städtebauliche Entwicklung erforderlich ist. Dabei soll eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung gewährleistet werden. Ein Flächennutzungsplan aus den 1980er Jahren entspricht nicht mehr diesen Anforderungen. Eine Neuaufstellung des Flächennutzungsplans sowie des Landschaftsplans wird dringend empfohlen. Auf die Berücksichtigung des XPlan-Standards und die Vorteile der digitalen Bauleitplanung wird verwiesen (weitere Informationen www.digitale.planung.bayern.de <<http://www.digitale.planung.bayern.de>>).

Ebenso ist zur vorliegenden Bauleitplanung erneut auf die Vorgaben des § 1a BauGB (ergänzende Vorschriften zum Umweltschutz) zu verweisen. Insbesondere im Hinblick auf die in der Bauleitplanung zu berücksichtigenden Erfordernisse des Klimaschutzes sollten die vorgesehenen Vorgaben zum Klimaschutz (Sicherung Kaltluftaustausch und Vermeidung Hitzeinseln, klimagerechte Energieversorgung und kommunale Wärmeplanung, Berücksichtigung der Vorschläge des Energienutzungsplans, Umsetzung Schwammstadtprinzip, etc.) in der Begründung in einem eigenen Kapitel und damit als Abwägungsmaterial zusammenfassend dargestellt werden.

Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Zu Herausnahme von Gewerbegebietsflächen aus dem Flächennutzungsplan

Durch das Ausarbeiten der Standortalternativenprüfung konnte der konkrete Bedarf an gewerblichen Bauflächen im Stadtgebiet Vöhringen nachgewiesen werden. Durch die überplante Fläche kann dem

Leitgedanken einer vorrangigen Innenentwicklung Rechnung getragen werden. Von der Herausnahme derzeit nicht genutzter gewerblicher Flächen wird abgesehen, da derzeit der künftige Bedarf an gewerblichen Bauflächen sowie der damit verbundene Grunderwerb nicht prognostiziert werden kann.

Zu Lage innerhalb eines Vorbehaltsgebietes zur Sicherung von Grundwasservorkommen

Die Lage des Plangebiets innerhalb eines Vorbehaltsgebietes zur Sicherung von Grundwasservorkommen ist bekannt. Das Plangebiet liegt im östlichen Bereich an der Grenze des Wasserschutzgebietes Senden. Dem wird dahingehend Rechnung getragen, dass die Grenzen des Wasserschutzgebietes in den Bebauungsplan aufgenommen, sowie die darin festgelegten Verbotstatbestände in die Begründung übernommen wurden.

Zu Hinweise des Sachgebiets Städtebau

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Eine Fortschreibung des derzeit rechtsgültigen Flächennutzungsplans kann über die vorliegenden Bauleitplanverfahren nicht veranlasst werden.

Die Erfordernisse im Hinblick auf den Klimaschutz wurden im Umweltbericht zum Bebauungsplan entsprechend bewertet und berücksichtigt. Von einer weiteren Ergänzung in der Begründung kann daher abgesehen werden.

5. Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege, mit Schreiben vom 24.06.2024

Bodendenkmalpflegerische Belange:

Im eigentlichen Areal des Gewerbegebiets, zu dem uns bereits im Herbst 2023 ein erster Entwurf des Flächennutzungs- bzw. Bebauungsplans zur Stellungnahme vorgelegt wurde, sind aktuell unverändert keine Bodendenkmäler bekannt. Die diesbezüglichen Bemerkungen zum Umgang mit etwaigen, hier vorhandenen Bodendenkmälern sind deshalb unverändert ausreichend.

Die neu hinzugekommene Ausgleichsfläche liegt dagegen im Bereich des Bodendenkmals D-7-7726-0127 „Siedlung der römischen Kaiserzeit“. Alle Bodeneingriffe im Bereich der Ausgleichsfläche bedürfen daher einer denkmalrechtlichen Erlaubnis nach Art. 7 DSchG und voraussichtlich auch einer archäologischen Begleitung. Wir raten deshalb dringend dazu, im Bereich der Ausgleichsfläche von etwaigen naturschutzrechtlichen Aufwertungsmaßnahmen abzusehen, die mit Bodeneingriffen verbunden sind.

Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme betrifft im Wesentlichen das parallel durchgeführte Bebauungsplanverfahren. Änderungen an der 19. Flächennutzungsplanänderung sind nicht erforderlich.

6. Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH, mit Schreiben vom 24.06.2024

Als Teil innerhalb der SWU-Unternehmen konnten wir nicht alleine zu dem Vorhaben Stellung nehmen. Aus diesem Grund haben wir Ihre E-Mail an unsere Konzernunternehmen weitergeleitet.

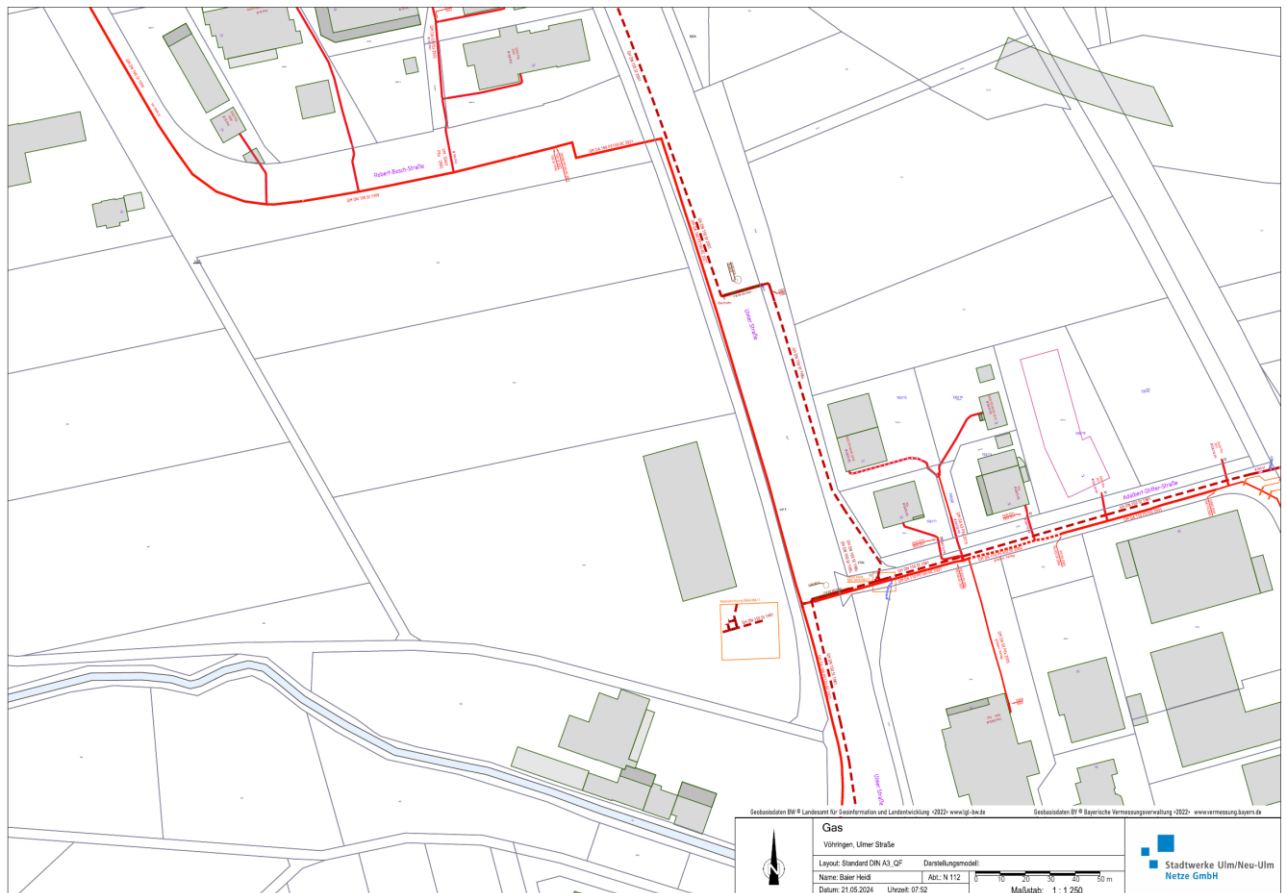
Ihr Anliegen wurde auf Belange der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH untersucht. Im Grundsatz bestehen keine Einwände gegen das Vorhaben.

In der Ulmer Straße und der Robert-Bosch-Straße befinden sich Erdgas- Leitungen im Eigentum der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH.

Diese Leitungen müssen im Bedarfsfall gesichert bzw. umgelegt werden.

Sollten diese Leitungen umgelegt werden müssen, so trägt der Verursacher die Kosten der Umlegung.

Bitte beachten Sie unser „Merkheft zur Verhütung von Unfällen“ im Anhang.



Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme betrifft im Wesentlichen das parallel durchgeführte Bebauungsplanverfahren. Änderungen an der 19. Flächennutzungsplanänderung sind nicht erforderlich.

7. Wasserwirtschaftsamt Donauwörth, mit Schreiben vom 26.06.2024

Wasserwirtschaftliche Würdigung

Wir verweisen dazu auf unsere Stellungnahme 1-4622-NU-36753/2023 vom 23.11.2023. Unsere Stellungnahme wurde bei der vorliegenden Planung ausreichend berücksichtigt.

Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme betrifft im Wesentlichen das parallel durchgeführte Bebauungsplanverfahren. Änderungen an der 19. Flächennutzungsplanänderung sind nicht erforderlich.

8. Staatliches Bauamt Krumbach, mit Schreiben vom 01.07.2024

Grundsätzliche Stellungnahme

Gegen die Aufstellung bzw. Änderung der Bauleitplanung bestehen seitens des Staatlichen Bauamtes Krumbach keine Einwände, wenn die unten genannten Punkte beachtet werden.

Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen

Das Staatliche Bauamt Krumbach macht darauf aufmerksam, dass wegen einwirkender Staub-, Lärm- und Abgasimmissionen für die Zukunft keinerlei Entschädigungsansprüche oder sonstige Forderungen gegen die Straßenbaulastträger erhoben werden können.

Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme betrifft im Wesentlichen das parallel durchgeführte Bebauungsplanverfahren. Änderungen an der 19. Flächennutzungsplanänderung sind nicht erforderlich.

9. LEW Verteilnetz GmbH, mit Schreiben vom 01.07.2024

Gegen die Aufstellung der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes "Gewerbegebiet Ulmer Straße - Robert-Bosch-Straße" mit Fassung vom 25.04.2024 bestehen unsererseits keine Einwände, wenn weiterhin der Bestand unserer Betriebsmittel zur Aufrechterhaltung der Stromversorgung gewährleistet ist und nachstehende Belange berücksichtigt werden.

Bestehende 20- und 1-kV-Kabelleitungen

Vorsorglich weisen wir auf die verlaufenden 20-kV-Kabelleitungen V151A unserer Gesellschaft im Geltungsbereich hin. Weiter befinden sich mehrere 1-kV-Kabelleitungen in diesem Bereich. Der Verlauf dieser Kabelleitungen kann dem beiliegenden Kabellageplan entnommen werden. Der Schutzbereich sämtlicher Kabelleitungen beträgt 1,00 m beiderseits der Trassen und ist von einer Bebauung sowie tiefwurzelnden Bepflanzungen freizuhalten. Wir bitten um Beachtung des beigelegten Kabelmerkkblattes „Merkblatt zum Schutz erdverlegter Kabel“.

Bestehende 1-kV-Freileitung

Im Geltungsbereich verläuft eine 1-kV-Freileitungen unserer Gesellschaft. Im beigelegten Ortsnetzplan ist die Leitungstrasse dargestellt. Folgende Unfallverhütungsvorschriften und Mindestabstände sind bezüglich der 1-kV-Leitungen zu beachten:

Bei jeder Annäherung an unsere Versorgungsleitung sind wegen der damit verbundenen Lebensgefahr die Unfallverhütungsvorschriften für elektrische Anlagen und Betriebsmittel DGUV Vorschrift 3 (BGV A3) der Berufsgenossenschaft Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse einzuhalten.

Alle Personen sowie deren gehandhabte Maschinen und Werkzeuge, müssen so eingesetzt werden, dass eine Annäherung von weniger als 1,00 m an die 1-kV-Freileitung in jedem Fall ausgeschlossen ist. Jede auch nur kurzfristige Unterschreitung des Schutzabstandes ist für die am Bau Beschäftigten lebensgefährlich.

Allgemeiner Hinweis

Bei jeder Annäherung an unsere Versorgungseinrichtungen sind wegen der damit verbundenen Lebensgefahr die Unfallverhütungsvorschriften für elektrische Anlagen und Betriebsmittel DGUV (BGV A3) der Berufsgenossenschaft Energie Textil Elektro einzuhalten.

Vor Beginn von Grabarbeiten muss durch die Baufirma eine entsprechende Kabelauskunft eingeholt werden. Wir bitten zu gegebener Zeit mit unserer Betriebsstelle Illertissen Kontakt aufzunehmen.



Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme betrifft im Wesentlichen das parallel durchgeführte Bebauungsplanverfahren. Änderungen an der 19. Flächennutzungsplanänderung sind nicht erforderlich.

10. Landratsamt Neu-Ulm, mit Schreiben vom 10.07.2024

I.) Immissionsschutz:

Die o. g. Änderung bezieht sich auf eine gewerbliche Fläche, die bereits über einen Bebauungsplan fachtechnisch bewertet wurde.

Zur fachtechnischen Bewertung wurde eine schalltechnische Untersuchung (BEKON Lärmschutz & Akustik GmbH, v. 14.03.2024, Bez. LA23-363-G01-01) erstellt. Diese Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen für die neue gewerbliche Fläche ein Lärmkontingent festzusetzen ist. Dabei wurden zwei Teilflächen mit unterschiedlichen Lärmkontingenten ermittelt.

Die gewerbliche Fläche ist daher im Flächennutzungsplan mit dem Planzeichen 15.6 „Umgrenzung der Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelt-einwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (§ 5 Abs. 2 Nr. 6 und Abs. 4 BauGB)“ zu versehen.

II.) Naturschutz und Landschaftspflege:

Seitens der unteren Naturschutzbehörde besteht Einverständnis mit der Aufstellung des o.g. Bebauungsplanes und der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes. Folgende Einwendungen bzw. Anmerkungen bitten wir zu beachten bzw. zu berücksichtigen.

Artenschutz

- Es fehlen Aussagen zum speziellen Artenschutz.

Umweltbericht

- Die Berechnung des Kompensationsbedarfs auf Seite 26 ist nicht korrekt. Auf die Pauschalierung der Wertpunkte bei der Eingriffsermittlung (Seite 15 im Leitfaden) wird verwiesen.

B111 – wir gehen davon aus, dass B112 gemeint ist. P4 mit 5 WP existiert in der BNT Liste nicht

Die Eingriffsbilanzierung ist grundlegend zu überarbeiten. Die Tabelle „Ausgleichsumfang Schutzgut Arten und Lebensräume“ auf Seite 27 im Umweltbericht ist zu streichen. Gemäß Leitfaden können die unter 8.2 angeführten Maßnahmen *...innerhalb des Geltungsbereiches durch die Randeingrünung, die Baumpflanzungen und die Anlage der privaten Grünfläche ausgeglichen werden...* nicht als Ausgleichsmaßnahmen anerkannt werden. Es handelt sich dabei um Vermeidungsmaßnahmen, die gem. Anlage 2 Leitfaden als Planungsfaktor teilweise berücksichtigt werden können.

Ausgleichsfläche

Uns ist auf Seite 29 des Umweltberichtes nicht klar, was auf dem Grundstück Flurnr. 1044, Gemarkung Vöhringen passieren soll.

Der auf dem Grundstück Flurnr. 641, Gemarkung Vöhringen als Entwicklungsziel genannte BNT Typ (Eichen-Birkenwald) entspricht nicht der potenziell natürlichen Vegetation und ist entsprechend zu ändern.

Wasserrecht und Bodenschutz:

Im Vergleich zum Vorentwurf ergeben sich in der vorliegenden Fassung des Entwurfs vom 25.04.2024 aus wasser- und bodenschutzrechtlicher Sicht keine relevanten Abweichungen oder Änderungen.

Während die Anmerkungen im B-Plan berücksichtigt wurden, findet sich in Begründung und Umweltbericht „Bebauungsplan Freiflächen PV-Anlage Sandberg, Stadt Vöhringen“ S. 5 immer noch der Hinweis, dass der Vorhabenstandort im Osten an das Trinkwasserschutzgebiet angrenzt.

Es wird vielmehr davon ausgegangen, dass sich Fl.Nr. 618/1 Gemarkung Vöhringen exakt am Rand, aber im Wasserschutzgebiet Senden, Zone IIIb, befindet. Die Auflistung der Verbotstatbestände nach der Wasserschutzgebietsverordnung ist noch zu ergänzen.

Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Zu Immissionsschutz

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Das Planzeichen Nr. 15.6. wird in der Planzeichnung zur Flächennutzungsplanänderung ergänzt.

Zu Naturschutz und Landschaftspflege

Die Stellungnahme betrifft im Wesentlichen das parallel durchgeführte Bebauungsplanverfahren. Änderungen an der 19. Flächennutzungsplanänderung sind nicht erforderlich.

Zu Wasserrecht und Bodenschutz

Die Stellungnahme betrifft im Wesentlichen das parallel durchgeführte Bebauungsplanverfahren. Änderungen an der 19. Flächennutzungsplanänderung sind nicht erforderlich.

11. Deutsche Telekom, mit Schreiben vom 11.06.2024

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus beigefügtem Plan ersichtlich sind.

Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben.



Stellungnahme und Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme betrifft im Wesentlichen das parallel durchgeführte Bebauungsplanverfahren. Änderungen an der 19. Flächennutzungsplanänderung sind nicht erforderlich.